

21.09.2021

Niederschrift 002/2021

Ausschuss für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie

am 07.09.2021 Aula | Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Chur

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Martina Eickhoff

Vertretung für Herrn Goepfert

Herr Jürgen Kerl

Frau Sabine Lutz-Kunz

Herr Wilhelm Null

Frau Sigrid Reihs

Vertretung für Frau Gutzmerow

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Antje Bellaire

Herr Hubert Hüppe

Herr Gerhard Meyer

Frau Ursula Schmidt

Sachkundige Bürger/innen CDU

Frau Elke Wegner

Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag

Frau Patricia Esther Morgenthal

Sachkundige Bürger/innen GRÜNE im Kreistag

Herr Hans-Joachim Nadolski-Voigt

Kreistagsmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Daniela Heil

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Andreas Wette

Sachkundige Bürger/innen GFL + WfU

Herr Kunibert Kampmann

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Ralf Piekenbrock

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert, Dezernent | Dezernat III

Herr Christian Scholz, Leiter Fachbereich 50 – Arbeit und Soziales

Frau Jennifer Schmandt, Inklusionsbeauftragte des Kreises Unna

Frau Annika Schönfeld, Schriftführerin | Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Abwesend:**Kreistagsmitglieder SPD**

Frau Heike Gutzmerow

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Rainer Goepfert

Sachkundige Bürger/innen DIE LINKE - UWG-Selm

Herr Roland Lutz

Frau Chur begrüßt die anwesenden Damen und Herren. Insbesondere begrüßt sie Herrn Christian Scholz, als neuen Leiter des Fachbereich 50 – Arbeit und Soziales.

Sodann eröffnet sie die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 26.08.2021 verschickt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------------------|--------|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | | Arbeit der Inklusionsbeauftragten des Kreises Unna;
mündlicher Bericht: Jennifer Schmandt |
| Punkt 3 | 167/21 | Gesetzliche Veränderungen in der Pflege durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung vom 11.07.2021 |
| Punkt 4 | 165/21 | Pflegebedarfsplan 2020;
hier: Ergebnis der Bedarfsausschreibung für (teil-) stationäre Pflegeplätze |
| Punkt 5 | | Kommunales Integrationsmanagement im Kreis Unna (KIM KU) |
| Punkt 5.1 | 144/21 | Weiterleitungsvertrag in den Teilregionen Nord und Mitte |
| Punkt 5.2 | 156/21 | Refinanzierungsvereinbarung in der Teilregion Süd |
| Punkt 6 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
| Punkt 6.1 | | Änderung der Organisationsstruktur |
| Punkt 6.2 | | Sachstand Bildungskarte |
| Punkt 6.3 | | Indexfortschreibung Angemessenheitswerte KdU |
| Punkt 6.4 | | Sachstand Pflege- und Wohnberatung |
| Punkt 6.5 | | Kreissenorenkonferenz |
| Punkt 6.6 | | Fortschreibung des Konzeptes auf Indexbasis;
Anfrage der CDU-Fraktion in der Sitzung am 07.09.2021 |

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 7 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 2 Arbeit der Inklusionsbeauftragten des Kreises Unna;
mündlicher Bericht: Jennifer Schmandt**

Erörterung

Herr Göpfert teilt einleitend mit, dass Frau Schmandt (Inklusionsbeauftragte des Kreises Unna) und Frau Sträde (Geschäftsstelle Bündnis für Familie Kreis Unna) organisatorisch der Stabstelle des Landrates (Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung) zugeordnet würden. Auf die Zuständigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie habe diese Neuordnung keine Auswirkungen.

Sodann berichtet Frau Schmandt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) zu ihrer Person und ihren Tätigkeiten als Inklusionsbeauftragte des Kreises Unna.

Auf eine Nachfrage von Herrn Hüppe erläutert Frau Schmandt, dass sie es für sinnvoll erachte Prozesse zu initiieren, in denen Inklusion immer eine Rolle spiele. Allerdings sei es zeitlich - zumindest zum jetzigen Zeitpunkt - nicht leistbar, alle Vorlagen in Persona hinsichtlich der Thematik der Inklusion zu prüfen. Jedoch stecke man zurzeit in Umstrukturierungsmaßnahmen und dies seien Fragen, mit denen man sich in Zukunft werde beschäftigen müssen. Bezüglich Herrn Hüppes Anregung, auch Menschen mit Behinderungen bzw. als deren Vertretung beispielsweise die Frauenbeauftragten der Werkstätten an den Treffen des Netzwerkes gegen Gewalt zu beteiligen teilt Frau Schmandt mit, dass sie dies befürworte. Die Teilnahme von betroffenen Personen sei für alle Gruppen wichtig und bereichernd. Sie sei sich sicher, dass die Sprecher*innen dies genauso sehen.

Auf eine Nachfrage von Herrn Nadolski-Voigt, bezüglich der Umsetzung des im Jahr 2012 durch den Kreistag beschlossenen Handlungsprogramm „Kreis Unna inklusiv – auf dem Weg zu einem inklusiven Kreis Unna, Handlungsprogramm 2013 - 2015 zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ antwortet Frau Schmandt, dass es im Jahr 2019 eine Evaluation des Inklusionsprozesses gegeben habe. Allerdings sei bei dieser Evaluation nicht der Umsetzungsstand der einzelnen Maßnahmen überprüft, sondern andere Parameter erfragt worden. Zum jetzigen Zeitpunkt habe Sie daher keine Übersicht zu den Umsetzungsständen der damals definierten Ziele.

Herr Kampmann plädiert dafür, seitens der Politik die psychosozialen Arbeitsgemeinschaften zu nutzen - insbesondere aufgrund ihrer Kompetenz.

Ergänzend zu Herrn Kampmanns Ausführungen teilt Frau Schmandt mit, dass dies ein Leitgedanke des PSAG-Netzwerkes gewesen und in der Vergangenheit bereits so verfahren worden sei. Auch für die Zukunft strebe man diese Zusammenarbeit an.

Frau Lutz-Kunz teilt für die SPD-Fraktion mit, dass es Aufgabe des Ausschusses sei, Frau Schmandt zu begleiten, ihr Hilfe anzubieten und sie darum zu bitten, den Ausschuss in allen Bereichen auf dem Laufenden zu halten.

Frau Schmandt führt bezugnehmend auf eine von Frau Lutz-Kunz gestellte Frage zur Zusammenarbeit mit den Behindertenbeiräten der kreisangehörigen Kommunen aus, dass Sie und der aktuelle Sprecher des Fachbeirates einen persönlichen Austausch mit allen Behindertenbeiräten des Kreises Unna anstreben, um sich auszutauschen und für mehr effektive Mitarbeit zu werben. Aufgrund der anhalten Corona-Pandemie sei dieses Vorhaben bisher nicht möglich gewesen.

Punkt 3 167/21 Gesetzliche Veränderungen in der Pflege durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung vom 11.07.2021

Erörterung

Nach einer thematischen Einführung durch Frau Chur, wird die Drucksache 167/21 zur Kenntnis genommen.

**Punkt 4 165/21 Pflegebedarfsplan 2020;
hier: Ergebnis der Bedarfsausschreibung für (teil-) stationäre Pflegeplätze**

Erörterung

Herr Göpfert erläutert zu der vorliegenden Drucksache und führt insbesondere aus, dass die nicht vorhandenen Interessensbekundungen vor allem zeigen, dass man dieses Jahr zwei Schwierigkeiten gehabt habe. Zum einen betreffe dies die vergleichbar kurze Laufzeit des Verfahrens und zum anderen die Nichtverfügbarkeit geeigneter und bereiter Flächen in den Kommunen. Man werde die bedarfsbestätigten Plätze in dem nächsten Pflegebedarfsplan mit dem Status „in Planung/Bau“ in der Bedarfsmatrix aufnehmen. Alle weiteren Plätze würden im Rahmen des normalen Bedarfsprüfungsverfahrens evaluiert und anschließend mit speziellen Parametern gemessen und gewogen werden. Am Ende der Pflegebedarfsplanung 2021 werde man sehen, ob der Bedarf in selber Größe, in geringer Größe oder in höherer Platzzahl ausgewiesen werden müsse. Sofern der Kreistag den Pflegebedarfsplan 2021 in seiner Sitzung im Spätherbst 2021 beschließe, werde man ein weiteres Bedarfsausschreibungsverfahren initiieren und veröffentlichen.

Verwaltungsintern überlege man zurzeit das Verfahren zu verlängern, um den möglichen Akteuren im wirtschaftlichen Raum mehr Zeit zu gewähren. Man erhoffe sich dadurch mehr Interessensbekundungen in einem nächsten Durchlauf zu erhalten.

Ferner kommuniziere man weiterhin intensiv mit den Städten und Gemeinden zu dem Thema „Flächenpolitik“ und der Bereithaltung geeigneter Flächen.

Auf eine Nachfrage von Herrn Nadolski-Voigt teilt Herr Göpfert mit, dass „quartiersnahe“ ein sozialpolitischer Ansatz sei, den man mit der Pflegebedarfsplanung verfolge, um Menschen ein Verbleiben in ihrem Quartier zu ermöglichen. „Quartiersnahe“ sei ein Kriterium, welches bei der Abwägung unterschiedlicher Interessensbekundungen, die sich in einem Los (die Lose beschränke man auf ein Stadtgebiet) aufzun, berücksichtigt werde. Sofern jedoch nur eine Interessensbekundung vorläge, könne man diese Bewertung nicht vornehmen und müsse mit den Rahmenbedingungen arbeiten, die man am Markt und in der Fläche vorfände.

Die Drucksache 165/21 wird zur Kenntnis genommen.

tragsverfahrens auf Leistungen für Bildung und Teilhabe in die Projektierung nehmen und das Antragsverfahren umstellen.

Punkt 6.3 Indexfortschreibung Angemessenheitswerte KdU

Herr Göpfert teilt mit, dass man in diesem Jahr eine Zwischenfortschreibung auf Indexwerten durchführe. Der Auftrag hierzu sei an die Firma „Analyse und Konzepte“ vergeben worden und man erwarte die Ergebnisse zum 30.09.2021. Ferner gehe man davon aus, die neuen Angemessenheitswerte in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie vorstellen zu können. Vorbehaltlich eines Kreistagsbeschlusses im Dezember könnten die neuen Angemessenheitswerte dann am 01.01.2022 in Kraft treten.

Punkt 6.4 Sachstand Pflege- und Wohnberatung

Herr Göpfert teilt mit, dass man die Pflege- und Wohnberatung im Kreis Unna evaluiert und sich dazu entschieden habe, mehr wirkungsorientierte Steuerung in die Pflege- und Wohnberatung zu bringen. Im Rahmen dieser Evaluation habe es bereits ein interfraktionelles Gespräch gemeinsam mit dem Trägerverbund gegeben. Ein weiteres interfraktionelles Gespräch sei für den 28.10.2021 geplant. Ferner fände in der nächsten Woche ein „Team-Tag“ statt, um auch die Mitarbeiter*innen einzubeziehen. Man hoffe, dem Ausschuss für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie in seiner Sitzung im November sowie dem Kreistag in seiner Sitzung im Dezember eine entsprechende Beschlussfassung vorlegen zu können, wie man den Pflege- und Wohnberatungsvertrag im Trägerverbund weiterentwickeln könne.

Punkt 6.5 Kreissenorenkonferenz

Frau Chur teilt mit, dass sie ein Treffen mit drei Mitgliedern der Kreissenorenkonferenz gehabt und diese in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie eingeladen habe.

Darüber hinaus teilt sie mit, dass auch Herr Zimmering, als Ombudsperson, als externer Berichterstatter an einer der kommenden Sitzung des Ausschusses teilnehmen werde.

Auf eine Nachfrage von Herrn Nadolski-Voigt teilt Frau Chur mit, dass zurzeit nur Herr Zimmering als Ombudsperson vom Landrat bestellt worden sei. Eine Einschätzung zur Machbarkeit seines Aufgabenkontingents könne er im Rahmen seines Berichtes, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses geben.

Punkt 6.6 Fortschreibung des Konzeptes auf Indexbasis; Anfrage der CDU-Fraktion in der Sitzung am 07.09.2021

In Bezug auf die Fortschreibung des Konzeptes auf Indexbasis fragt Herr Meyer an, ob die Überlegungen der Verwaltung gerichtsfest seien. Herr Göpfert bejaht dies und teilt mit, dass man diese Fortschreibung in der Vergangenheit bereits regelmäßig durchgeführt habe.

Anlage

Präsentation „Vorstellung der Inklusionsbeauftragten“

gez. Annika Schönfeld
Schriftführerin

gez. Angelika Chur
Vorsitzende